



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

11.03.2010

„Die Europäische Union im Dienste des Wachstums“

Rede von Premierminister François Fillon in der Humboldt-Universität zu Berlin

Berlin, den 10. März 2010

Meine Damen und Herren,

zunächst einmal vielen Dank, Herr Direktor, für Ihren freundlichen Empfang. Ich danke Ihnen auch, dass Sie hier einige Etappen meiner politischen Laufbahn erwähnt haben. Ich denke, dies ist für Sie hier Gelegenheit, sich noch einmal diese immer wiederkehrende Frage nach den französischen Besonderheiten zu stellen: Wie kann man gleichzeitig Bürgermeister und Minister sein – eine Frage, auf die ich jetzt nicht antworten werde. Sie sollen nur wissen, dass die Tatsache, dass ich einige Jahre Bürgermeister war, mir die Gelegenheit gegeben hat, enge freundschaftliche Bande zu Deutschland zu knüpfen, denn alle französischen Städte sind mit deutschen Städten partnerschaftlich verbunden, und Sablé unterhält eine Partnerschaft mit einer reizvollen kleinen Stadt in Niedersachsen, Bückeburg im Herzogtum Schaumburg-Lippe, wo ich sehr oft war, und ich erinnere mich noch gut an das Schützenfest und an das Bierfest.

Meine Damen und Herren, es ist für mich eine Ehre, in dieser bemerkenswerten Vortragsreihe, in der schon so viele namhafte Intellektuelle und Politiker zu hören waren, das Wort zu ergreifen.

Der Name Humboldt ist in Frankreich wohlbekannt. Wir denken dabei selbstverständlich an Wilhelm, den Philosophen, Sprachwissenschaftler und geradezu visionären Bildungsreformer. Aber auch an Alexander, den Wissenschaftler, Reisenden und Diplomaten. Es mag nicht überall bekannt sein, dass die Brüder Humboldt deutsch-französische Wurzeln hatten. Der Vater war Preuße, die Mutter aber stammte aus einer französischen Familie. Es ist daher nicht nur eine Freude für mich, hier bei Ihnen zu sein, sondern ich fühle mich auch ein bisschen zu Hause.

Ich bin mit drei Überzeugungen nach Berlin gekommen.

Erstens: Unser Kontinent geht angeschlagen aus der Krise hervor und unser Sozialmodell ist gefährdet, während die großen Schwellenländer ihren Entwicklungswettbewerb noch beschleunigen.

www.botschaft-frankreich.de

Meine zweite Überzeugung: Angesichts der neuen Welt, die sich abzeichnet, ist eine europäische Wirtschaftsregierung dringend vonnöten, dazu komme ich noch.

Und drittens bin ich überzeugt, dass kein Ruck durch Europa geht, wenn nicht Deutschland und Frankreich entschlossen darauf hinwirken. Dieses Engagement ist zwar nicht ausreichend, aber notwendig.

Die Europäische Union steht vor beispiellosen wirtschaftlichen Herausforderungen. Jetzt, da die Wirkung der öffentlichen Programme zur Stützung der Wirtschaft allmählich nachlässt, ist die Gefahr eines schwachen Wachstums in Europa die größte Herausforderung.

Die EU-Kommission geht für 2010 von einer Wachstumsrate von 0,7 % für die Euro-Zone aus. Die Voraussagen für Deutschland und Frankreich sind zwar ein wenig besser, aber immer noch zu gering, und wir wissen, dass sich ein längerfristig mäßiges Wachstum mit dem Erhalt unseres Sozialmodells im Kontext des demografischen Wandels in Europa ebenso wenig vereinbaren lässt wie mit der erforderlichen Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt.

Währenddessen wartet der Zug des weltweiten Wachstums nicht auf uns! Das Wachstum in China dürfte in diesem Jahr 10 % betragen, das Wachstum in Brasilien fast 5 %, in Indien sicher über 7 %. Selbst die Vereinigten Staaten dürften 2010 ein Wachstum von fast 3 % verzeichnen. Dabei wird der europäische Rückstand in Sachen Investitionen und Forschung zunehmend größer.

Eine weitere Herausforderung ist die Ungewissheit in Bezug auf die Nachhaltigkeit des globalen Wachstums. Die Gefahren sind zahlreich. Der rasante Anstieg der Nachfrage in China und Indien hat die Gegebenheiten im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen, einschließlich Agrarrohstoffe, verändert. In Zukunft werden sich die energiepolitischen Zwänge immer deutlicher auswirken. Der Kampf gegen den Klimawandel ist noch lange nicht gewonnen, wie die halbherzigen Ergebnisse von Kopenhagen zeigen. Die globalen Ungleichgewichte zwischen asiatischen Ländern, Erdöl exportierenden Ländern und westlichen Ländern sind nicht behoben. Es bilden sich neue Blasen, die jederzeit platzen können.

Ungewissheit besteht auch im Hinblick auf die Sanierung der Finanzmärkte. Zwar wurde das Schlimmste verhindert, und die Euro-Zone hat mit dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Oktober 2008 eine historische Rolle gespielt, was übrigens zeigt, dass es Platz für eine unabhängige Europäische Zentralbank gibt, die die Bestimmungen des Vertrags umsetzt, und dazu für ein System, das den Regierungen die Möglichkeit gibt, zu reagieren, vor allem in Krisensituationen.

Die G20-Arbeiten kommen voran, ebenso die Pläne für eine Aufsicht und eine Regulierung in Europa und in den Vereinigten Staaten. Aber nicht alle alten Verhaltensweisen sind verschwunden. Die Gefahr besteht, dass wieder unanständig hohe Boni gezahlt werden. Der Derivatemarkt entzieht sich noch weitgehend jeder Kontrolle, besonders in Europa, wie man in den letzten Wochen sehen konnte.

Und nicht zuletzt besteht Währungs-Ungewissheit. Die Debatte mit China über die Wechselkurse kommt nicht voran. In Europa erlebt die Euro-Zone Turbulenzen, die deutlich machen, dass es an glaubhafter Kontrolle ebenso mangelt wie an Handlungsmöglichkeiten: die Statistiken sind nicht verlässlich, die Kontrolle der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit ist mangelhaft, Verpflichtungen werden nur unzulänglich eingehalten. Nun ist die Stabilität in der Euro-Zone aber lebenswichtig, sie ist lebenswichtig für die gesamte Europäische Union, sie ist lebenswichtig für Frankreich, sie ist natürlich lebenswichtig für Deutschland, das 60 % seines Handelsüberschusses in der Euro-Zone erwirtschaftet.

Angesichts solcher Herausforderungen ist die Europäische Union meines Erachtens in Gefahr. Das „schwache Wachstum“, das man uns voraussagt, schwächt den sozialen Zusammenhalt und die soziale Marktwirtschaft, auf denen der politische Konsens in Europa aufbaut. Es gibt keinen dringlicheren und keinen lebenswichtigeren Kampf in der Europäischen Union als den Kampf um Wachstum.

Und in diesem Kampf für Europa müssen Deutschland und Frankreich die Antriebsrolle spielen, die man von ihnen erwartet. Weil das seit Beginn des europäischen Aufbauwerks ihre historische Rolle ist. Weil sie zusammen 50 % des Sozialprodukts in der Euro-Zone erwirtschaften, wird ihr Vorgehen für das Wachstum in ganz Europa entscheidend sein. Und weil sich unsere beiden Länder in der Wirtschafts- und Europapolitik nie so nah waren.

Der neue deutsch-französische Konsens ist tatsächlich ein entscheidender Trumpf. Die alten deutsch-französischen Klischees entsprechen überhaupt nicht mehr der Wirklichkeit. In Sachen europäische Institutionen gibt es keinen ideologischen Konflikt mehr zwischen uns, keinen Gegensatz mehr zwischen dem „zwischenstaatlichen“ Frankreich und dem „föderalistischen“ Deutschland, sondern zwei große Staaten, die am Aufbau eines starken, geeinten und effizienten Europa festhalten, das die nationalen Identitäten achtet, aus denen es zusammengesetzt ist.

In Finanzangelegenheiten haben unsere beiden Länder im Oktober 2008 wieder zueinander gefunden, als die Welt am Abgrund stand und wir gemeinsam unter französischer Ratspräsidentschaft und mit der Europäischen Zentralbank das Gipfeltreffen der Euro-Zone organisiert haben, mit dem der neue Schub ausgelöst wurde. In der Tat waren es die europäischen Entscheidungen, die die Finanzwelt vor dem totalen Chaos gerettet haben! Es war die Schnelligkeit, mit der die Entscheidungen in Europa getroffen wurden, die dann u. a. die amerikanischen Entscheidungen nach sich gezogen haben.

Deutschland und Frankreich arbeiten weiter eng zusammen, um die Stabilität in der Euro-Zone zu bewahren, die für den Wohlstand unserer beiden Länder wie auch des gesamten europäischen Kontinents lebenswichtig ist. Unsere beiden Länder arbeiten auch gemeinsam an der Verstärkung der Finanzkontrolle und Finanzregulierung in Europa.

In Wirtschaftsangelegenheiten verfolgen unsere beiden Länder eine kohärente Strategie. Ich will drei wichtige Aspekte davon nennen:

Die Neuordnung der öffentlichen Finanzen, die für unsere beiden Länder eine unverzichtbare Voraussetzung für die Rückkehr zu einem nachhaltigen Wachstum ist. Wir wissen, dass die enormen öffentlichen Defizite und die hohe öffentliche Verschuldung auf Dauer nicht haltbar und eine Gefahr für das Wachstum sind. In Frankreich ist meine Regierung entschlossen, die Haushaltskonsolidierung durchzusetzen. Deshalb haben wir zuerst einmal die einfache Lösung einer höheren Steuerbelastung abgelehnt, dabei ist Frankreich schon eines der europäischen Länder mit der höchsten Steuerbelastung, damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahrt wird.

Wir verstärken jetzt die Kontrolle über die öffentlichen Ausgaben, die sich auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung beziehen muss; dazu gehört u. a. die Regel, dass nur jeder zweite Beamte ersetzt wird, der in Ruhestand geht, was bereits zu Einsparungen von 100 000 Stellen geführt hat. Ergänzt werden soll diese Anstrengung durch Maßnahmen zur Verringerung der Kosten, die durch Steuer- und Sozialvergünstigungen entstehen und durch Strukturreformen, vor allem die Neuordnung der Gebietskörperschaften.

Eine solche Haushaltssanierung ist unbedingt erforderlich, wenn Frankreich wieder zu einem gesunden Wachstum zurückfinden will. Auch Deutschland mit seiner langen Tradition einer strengen Haushaltsführung und Inflationsbeherrschung hat ein ehrgeiziges Programm zur Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt gestartet. Die meisten Mitglieder der Euro-Zone gehen ähnlich vor, manchmal unter sehr schwierigen Voraussetzungen, wie Griechenland.

Eine solche Entwicklung ist unbedingt notwendig. Ich wiederhole hier noch einmal: Die öffentlichen Defizite und Schulden in Europa sind heute so hoch, dass sie zu einem Vertrauensverlust bei den Privathaushalten führen, und die Gefahr, dass die öffentlichen Finanzen außer Kontrolle geraten, ist tödlich, woran uns die Märkte jeden Tag erinnern.

Eine solche Entwicklung muss jedoch sorgfältig organisiert werden. Vergessen wir nicht, dass fast zwei Drittel der deutschen Exporte in EU-Länder gehen. Eine europäische Koordinierung ist zwingender denn je, wenn die Haushaltskonsolidierung wirklich gelingen soll.

Der zweite Punkt, in dem wir uns einig sind: Unsere beiden Länder wissen, dass die Haushaltssanierung von strukturellen Maßnahmen zu Gunsten der Wettbewerbsfähigkeit begleitet werden muss. Auch hier haben sich Frankreich und Deutschland ähnlich entschieden.

Mit dem Staatspräsidenten sind wir der Ansicht, dass die Krise die Notwendigkeit struktureller Reformen noch verstärkt hat. Seit 2007 fördern wir die Arbeit – in einem Land, in dem der Anreiz zur Untätigkeit die Regel geworden war. Wir haben eine große Hochschulreform in Gang gebracht und allen Universitäten, die es wollten, mehr Autonomie übertragen und ihren Zugang zu externen Finanzierungen gefördert. Wir haben mit dem *crédit d'impôt pour la recherche* eines der ehrgeizigsten Programme zur Forschungsförderung aufgelegt, mit manchmal spektakulären Erfolgen. Wir haben gerade die Gewerbesteuer abgeschafft, eine Steuer, die den Gebietskörperschaften zugute kam, Unternehmens-Investitionen aber erschwert hat.

Zur Beschleunigung der Veränderungen, die für das Wachstum von morgen unverzichtbar sind, haben wir auch ein großes Investitionsprogramm für die Hochschulen, die Forschung und die neuen Technologien aufgelegt, mit 35 Milliarden öffentlichen Mitteln und 25 Milliarden privaten Mitteln.

Dieses Programm wird über mehrere Jahre laufen und bedeutet nicht 35 Milliarden zusätzliches Defizit, denn diese Ausgaben dienen nur Investitionen mit wirtschaftlicher und finanzieller Rentabilität, die ein Mehr an Wachstum generiert, werden damit finanziert.

Was wir im Grunde wollen ist, die strategischen Herausforderungen zu bewältigen, und zwar für die französische Industrie, wie es unsere Vorgänger in den 1960er Jahren gemacht haben, als General de Gaulle und Georges Pompidou fast gleichzeitig mehrere Programme angestoßen haben: das französische Atomstromprogramm, das Luftfahrtprogramm, das zum hervorragenden Erfolg von Airbus geführt hat, und das Programm der Hochgeschwindigkeitszüge.

Zwei Männer also, die fast im selben Jahr so mutig waren, Entscheidungen zu treffen, die sich noch heute weitreichend auf das französische Wachstum auswirken. Nun, wir müssen heute ebenso mutige Entscheidungen treffen, auf der Ebene jeder einzelnen Nation wie auf europäischer Ebene. Jetzt müssen wir in das Flugzeug der Zukunft investieren! Jetzt müssen wir in all die Energiebereiche investieren, die uns dabei helfen können, den Klimawandel zu bekämpfen! Jetzt müssen wir in die Verkehrsmittel von morgen investieren und auch in die Biotechnologien.

Die Krise und die Herausforderung der Schwellenländer haben gezeigt, dass das Forschungspotential der wichtigste Motor für das Wachstum von morgen ist und dass man es mit den notwendigen Mitteln ausstatten musste, um es auszubauen.

Und schließlich haben wir den Prozess über die notwendige Reform der Rentensysteme in Gang gebracht, die bis zum Jahresende abgeschlossen sein muss und die für die Sicherung des französischen Sozialsystems unbedingt erforderlich ist.

Viele dieser Strukturreformen sind auch in Deutschland durchgeführt worden, das mit seinen langjährigen beträchtlichen Anstrengungen für die Wettbewerbsfähigkeit einen Vorsprung hatte.

Dritter Punkt, in dem wir übereinstimmen: In Frankreich wie in Deutschland haben die Energiesicherheit und der Kampf gegen den Klimawandel Priorität. Unsere beiden Länder stehen mit den Erfolgen der deutschen und der französischen Ratspräsidentschaft 2007 und 2008 am Beginn der historischen europäischen Regelungen zur Begrenzung des CO₂-Ausstoßes.

Frankreich und Deutschland waren enge Verbündete in Kopenhagen. Und sie ziehen gemeinsam dieselben Lehren aus dieser internationalen Verhandlung, um bis Ende des Jahres ein zufriedenstellenderes Ergebnis zu erzielen. Unsere beiden Nationen bauen die erneuerbaren Energien aus. Beim letzten Deutsch-Französischen Ministerrat haben wir ein deutsch-französisches Büro für erneuerbare Energien eingerichtet, damit wir gemeinsam schneller vorankommen.

Frankreich baut sein ziviles Atomprogramm weiter aus. Dadurch gehört es zu den Ländern in der Europäischen Union, die am wenigsten CO₂ ausstoßen und ihre Energieabhängigkeit begrenzt halten. Und ich muss sagen, dass wir mit großem Interesse die Entwicklung der Debatte in Deutschland über die CO₂-freien Energieträger verfolgen.

Nicht zuletzt arbeiten Frankreich und Deutschland seit der großen Gas-Krise im Januar 2009 an einer Strategie für die europäische Energiesicherheit, die derzeit Gegenstand von entscheidenden Parlamentsdebatten in Brüssel und Straßburg ist.

Ich glaube, man kann sagen, dass Frankreich und Deutschland sich in Europa und für Europa noch nie so nah waren. Diese Nähe findet auch Ausdruck in einer gemeinsamen deutsch-französischen Position in den großen wirtschafts- und finanzpolitischen Debatten. Seit es erste Anzeichen für die Krise gab, haben Deutschland und Frankreich in perfekter Übereinstimmung gehandelt und die Europäische Union sowie die internationale Gemeinschaft mitgezogen. Und heute stellt uns die griechische Krise vor neue Herausforderungen, die wir gemeinsam annehmen müssen. Sie trifft das Herz des Paktes, der uns verbindet, nämlich unsere gemeinsame Währung.

Griechenland muss mutige Entscheidungen treffen, um seine öffentlichen Finanzen nachhaltig zu sanieren. Ich stelle fest, dass es diesen Weg mit Entschlossenheit eingeschlagen hat und so den Forderungen des Europäischen Rats nachkommt. Doch die Mitglieder der Eurozone haben auch die Pflicht zur Solidarität mit diesem Land. Es kann nicht hingenommen werden, dass Griechenland durch das Treiben einiger Spekulanten in die Krise gedrängt wird, die, nachdem sie das Finanzsystem beinahe zum Einsturz gebracht haben, jetzt auf Staaten loszuziehen scheinen. Übrigens genau auf die, die es ermöglicht haben, durch ihre Garantien und ihr Eingreifen dieses Finanzsystem zu retten. Sollte es also nötig werden, müssen wir bereit sein, durchzugreifen.

Auch müssen wir unverzüglich unsere Anstrengungen bündeln, um bestimmte Produkte auf dem Derivatemarkt besser zu kontrollieren, der den elementarsten Regeln der Transparenz

nicht entspricht und den Missbrauch fördert. Selbstverständlich tragen Deutschland und Frankreich, die den Euro begründet haben, hier eine besondere Verantwortung.

Doch die Annäherung zwischen unseren beiden Ländern geht über die Episode der Krise hinaus. Wir wollen dem europäischen Raum eine richtige Wirtschaftsführung anbieten. Das entspringt einer ganz einfachen Feststellung. Wir sind wirtschaftlich und finanziell vollkommen voneinander abhängig. Was ein Mitgliedstaat macht, hat manchmal unmittelbare Folgen für die anderen. Sorgen um die öffentlichen Finanzen eines Staates übertragen sich enorm schnell auf die anderen Staaten. Voneinander abhängig sind wir auch, weil wir weitreichende Wirtschaftskompetenzen an Brüssel abgegeben haben. Wie alle Länder der Euro-Zone haben wir jetzt dieselbe Währung, dieselbe Zentralbank, dieselbe Geldpolitik, denselben Binnenmarkt, dieselben Wettbewerbsregeln, dieselbe Handelspolitik. Wir haben einen gemeinsamen Haushalt, der zwar nur 1 % des europäischen BIP ausmacht, der Europäischen Union aber dennoch gestattet, über mehr als 130 Milliarden Euro jährlich zu verfügen.

All diese europäischen Kompetenzen gibt es, und sie könnten der Kern einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik sein, wenn wir uns dafür entscheiden. Doch gab es bisher keinen richtigen Piloten, der sie kohärent führen könnte. Wir müssen also die Wirtschaftsführung unseres gemeinsamen Raums völlig neu gestalten. Als erstes für die Euro-Zone. Wir müssen die Konsequenzen aus der jüngsten Wirtschaftskrise ziehen, die manche Länder sehr hart getroffen hat, deren Wachstumsmodelle sich im Nachhinein als unausgewogen erwiesen haben. Wir haben bereits Kontrollmechanismen für die Euro-Zone; diese Mechanismen müssen angepasst werden. Alle, die von der positiven Wirkung des irischen Modells oder des spanischen Modells geschwärmt haben, müssen jetzt zugeben, dass es sicher einige Irrtümer in ihrer Analyse gab.

Unsere Aufsicht war in der Vergangenheit zu eng gefasst und nicht wirksam genug. Wir haben unsere Prüfung auf die Haushaltslage der einzelnen Länder und ihre öffentliche Verschuldung konzentriert und die Probleme im Zusammenhang mit dem Wettbewerb, der Leistungsbilanz und der Nachhaltigkeit der Privatverschuldung nicht ausreichend berücksichtigt. Nun, ich wünsche mir, ich will, ich fordere, dass diese Aufsicht künftig in mehreren konzentrischen Kreisen gestaltet wird. Den Kern dieser Aufsicht wird natürlich immer und an erster Stelle der Stabilitäts- und Wachstumspakt stehen. Dieser Pakt sorgt für die kollektive Disziplin unter den Mitgliedstaaten, die die Finanzmärkte nicht wirksam gewährleisten können, weder in normalen Zeiten noch in Krisenzeiten. Es versteht sich von selbst, dass der Pakt nicht nur umfassend eingehalten werden muss, sondern es versteht sich auch von selbst, dass er nur funktionieren kann, wenn die Statistiken über jeden Verdacht erhaben sind. Und in diesem Punkt dürfen wir nicht nachgeben.

Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass wir über ein Instrument verfügen, mit dem vorbeugend die Gefahren für die öffentlichen Finanzen analysiert werden können. Natürlich stellt sich die Frage der Überalterung der Bevölkerung. Und es stellt sich auch die Frage der Spartätigkeit und der Privatverschuldung. Die Krise hat uns gelehrt, dass die Blasen durch die private Verschuldung sehr schnell auf den Etat und die öffentliche Verschuldung übergreifen können. So haben wir gesehen, wie Länder mit einer gesunden Haushaltslage, deren Wachstumsmodell jedoch auf der Verschuldung der Privathaushalte oder auf der Aufgeblätheit des Finanzsektors begründet war, ganz schnell mit ihren öffentlichen Finanzen in eine problematische Situation geraten sind. Diese für die Wirtschaftspolitik wesentlichen Aspekte müssen stärker in Betracht gezogen werden.

Darüber hinaus müssen wir eine neue Aufsicht schaffen, die auf Ungleichgewichte in Wachstumsmodellen, Defizite und unverhältnismäßige laufende Überschüsse sowie Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist. Das ist für das langfristige Wachstum in der Euro-Zone, aber auch für den Zusammenhalt in der Euro-Zone von entscheidender Bedeutung. Es genügt nicht zu sagen, dass die Euro-Zone insgesamt im Gleichgewicht ist, um keine Veranlassung zu

haben, sich um die Ungleichgewichte zu kümmern, die innerhalb der Euro-Zone auftauchen können! Die gegenseitige Aufsicht zu verstärken ist notwendig, reicht aber nicht aus. Der Euro schafft eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Ländern, die ihn übernommen haben. Die Schwierigkeiten eines Mitgliedstaats der Euro-Zone sind die Schwierigkeiten aller. Uns müssen also entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, damit wir im Falle wirtschaftlicher oder finanzieller Schwierigkeiten eines Mitgliedstaats der Euro-Zone reagieren können.

In Deutschland wird die Debatte über einen „Europäischen Währungsfonds“ jetzt öffentlich geführt. Wir denken, diese Idee muss schnell geprüft werden, damit wir die Mittel ergänzen, die der Euro-Zone und ihren Mitgliedern an die Hand gegeben werden können, um auf finanzielle Spannungen zu reagieren, die eine Gefährdung für die Währungsstabilität sein könnten.

Jedoch ist diese Form der Stützung natürlich nur akzeptabel, wenn die Staaten, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, gleichzeitig alles tun, um ihre Strukturprobleme zu bewältigen und ihre Finanzen zu sanieren. Wenn die Euro-Zone und ihre Mitglieder sich veranlasst sehen, gemeinsame Instrumente einzuführen, um auf die Schwierigkeiten dieses oder jenes Mitgliedstaates zu reagieren, dann müssen begleitend dazu bestimmte Voraussetzungen dafür sorgen, dass diese Bemühungen nicht vergeblich sind.

Über die Euro-Zone hinaus und damit die Europäische Union nicht der Gefahr eines „schwachen Wachstums“ erliegt, brauchen wir jetzt eine „europäische Wirtschaftsregierung“. Wie soll eine solche Wirtschaftsregierung aussehen? Damit sie politisch legitimiert und unbürokratisch ist und als Bindeglied zwischen nationaler und europäischer Politik fungieren kann, wird sie besonders von einer Institution verkörpert werden, nämlich dem Europäischen Rat, in dem die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitglieder zusammenkommen.

Welches Programm soll diese Wirtschaftsregierung verfolgen? Nun, für mich ergibt es sich von selbst: Alle Mittel der Europäischen Union müssen in den Dienst von Wachstum und Beschäftigung gestellt werden. Das bedeutet, wir müssen unsere Wirtschafts- und Haushaltspolitiken besser koordinieren; wir müssen aber auch gemeinsam dafür sorgen, dass die europäischen Politiken, die in Brüsseler Zuständigkeit liegen, ebenso dieser Priorität zu Gunsten von Wachstum und Beschäftigung folgen. Das Programm umfasst also ein nationales und ein europäisches Element.

Die Stärkung des europäischen Wachstumspotentials ist die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre, und davon, wie wir diese Herausforderung bewältigen, hängt alles andere ab, auch die Bekämpfung der Armut.

Ein Wachstum, das gesund und nachhaltig sein muss, also ein nichtinflationäres Wachstum. Ein ausgewogenes Wachstum, das sich sowohl auf Exporte als auch auf die Binnennachfrage stützen muss, und natürlich auf Investitionen als dem wesentlichen Faktor für Wettbewerbsfähigkeit. Ein Wachstum, das die gesamte Europäische Union betreffen muss, auch die Staaten mit hohen Außenhandelsüberschüssen wie Deutschland, sonst wäre die Verringerung der Leistungsbilanzdefizite bestimmter europäischer Staaten ganz einfach unrealistisch.

Ich denke, die Möglichkeiten zur Verbesserung des europäischen Wachstumspotentials sind beträchtlich.

Diese Reformen betreffen nicht nur die Mitgliedstaaten. Wir müssen uns auch vergewissern, dass die europäischen Politikbereiche, unser „gemeinsames Haus“, im Dienste von Wachstum und Beschäftigung stehen.

Ich bin nicht sicher, dass die Wirtschaftskompetenzen, die auf Brüssel übertragen wurden, in der Vergangenheit immer zum Besten für das Wachstum in Europa genutzt wurden. Ich hatte wiederholt Gelegenheit – und ich freue mich, dass ein Teil dieser Fragen in den Vorschlägen auftaucht, die gerade von der Kommission unterbreitet wurden – ich hatte oft Gelegenheit zu sagen, dass die EU-Handelspolitik – zumindest meiner Ansicht nach – die Interessen der europäischen Unternehmen besser berücksichtigen könnten und versuchen, eine beiderseitige Öffnung der Märkte, vor allem der öffentlichen Ausschreibungen, zu erreichen. Es gibt doch jeden Tag Beispiele, die zeigen, dass einige große Länder, große Industriemächte, dieses Gleichgewicht nicht achten. Ein Beispiel gab es diese Woche, nämlich die Bedingungen, unter denen die amerikanische Regierung EADS, ich sage es ganz offen, gezwungen hat, aus dem Wettbewerb um Tankflugzeuge für die US-Streitkräfte auszusteigen.

Die europäischen Mittel für Forschung und Innovation könnten weniger nach dem Gießkannenprinzip verteilt und weniger bürokratisch genutzt werden, damit den Unternehmen und Versuchslabors wirklich geholfen wird, im globalen Wettlauf der neuen Technologien mitzuhalten. Und da sich der Moment der Neuverhandlung des mehrjährigen europäischen Haushalts nähert, müssten wir langsam darüber nachdenken, wie man die Mittel für Forschung und Innovation „besser ausgeben“ kann, anstatt immer davon zu reden, „mehr auszugeben“.

Die europäische Industriepolitik wiederum müsste wettbewerbsfähige europäische Akteure in der Welt fördern, vor allem in Zukunftsbereichen wie der Elektro-Mobilität. Und vor allem in Bereichen, die für die Zukunft unserer Industrie von besonderer strategischer Bedeutung sind. Ich denke zum Beispiel an die Autos der Zukunft. Ich glaube nicht, dass es einem Automobilhersteller alleine ohne eine gemeinsame europäische Anstrengung gelingen kann, den Markt auf Elektroautos umzustellen.

Die europäische Wettbewerbspolitik müsste das internationale Umfeld, in dem unsere Unternehmen agieren, besser berücksichtigen. Und schließlich glaube ich, ist es an der Zeit, mit der Zentralbank über die Wechselkurspolitik zu sprechen, ohne dabei ihre Unabhängigkeit in Frage zu stellen, damit nicht die Parität des Euro zur Wachstumsbremse wird, weil sie ihren Auftrag der Preisstabilität erfüllen muss.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten muss einhergehen mit einem höheren kollektiven Anspruch an die Effizienz unserer gemeinsamen Politikbereiche. Das sind im Grunde zwei Seiten ein und derselben Strategie.

Soviel, meine Damen und Herren, zu den Überlegungen, die ich mit Ihnen teilen wollte. Ich denke, unsere europäischen Gesellschaften stehen vor beispiellosen Herausforderungen. Ungewisse Wachstumsperspektiven können den Konsens gefährden, auf dem das demokratische, wiedervereinte Europa aufgebaut ist. Sie tragen schon jetzt zu einer Passivität und Verdrossenheit bei, die, verglichen mit der Dynamik der Schwellenländer, unserem Kontinent auf tragische Weise anhaftet.

Was wird ohne eine ausreichende Wachstumsperspektive aus unseren Arbeitsplätzen und aus unseren Sozialversicherungssystemen? Welchen Einfluss wird der europäische Kontinent auf die Angelegenheiten der Welt ausüben? Was wird aus der Europäischen Union selbst, wenn die Völker Europa nicht mehr als zugkräftig empfinden? Skepsis, Protektionismus, Nationalismus – das sind die Übel, die unserem Kontinent bevorstehen, wenn es kein Wachstum gibt.

Ich glaube, es besteht jetzt ein historischer Konsens zwischen Deutschland und Frankreich über den Weg, den wir gehen müssen. Wir tragen eine enorme Verantwortung. Die Europäische Union verfügt über alle Mittel, um im Dienste von Wachstum und Beschäftigung zu wirken. Jetzt brauchen wir den politischen Willen, um diesen historischen Schritt zu gehen. Es ist an

Deutschland und an Frankreich, wieder einmal den Weg zu weisen. Ich glaube, unsere beiden Länder sind bereit dazu.